

13. II. 1917

72

Reichstag und Wirtschafts- Parlament.

Von
Julius Erban.

Mit dem englischen Beispiel, zu dem ganze Generationen von Liberalen mit ehrfürchtigem Staunen emporblickten, ist heute nicht mehr viel Staat zu machen. Das Unternehmen hat seit dem 4. August 1914 so viel von seinen historischen Befugnissen eingebüßt, daß es jetzt in den entscheidenden Fragen überhaupt nicht mehr gefragt wird. Seine Stelle hat die terroristische Großstadtpresse erobert. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten. Am Horizont sieht man den Delegiertentag aller großbritannischen Länder, der das englische Unterhaus zu einer Volksvertretung degradieren wird.

Entgegengesetzt ist die Entwicklung bei uns. Man konnte bisher nicht behaupten, daß der Deutsche Reichstag sich an Tradition und Einfluß im entferntesten mit der „Mutter der Parlamente“ zu messen vermöge. Aufgebaut auf einem Wahlrecht, das weit gerechter und demokratischer ist als das englische, stand er im Verzeiche eines auf militärischen und bürokratischen Erfolgen begründeten Obrigkeitsstaats wie ein erraticer Block, der die Regierungsmaschine zu zeitraubenden und unbequemen Umwegen zwang ohne rechte organische Eingliederung in den Gesamtbau und häufig in offenem Gegensatz zu dem älteren Parlament des größten der Bundesstaaten, das sich nicht ohne weiteres mit dem zweiten Platz begnügen mochte. Ohne Zweifel hat der Krieg die Stellung des Reichstages außerordentlich gehoben. Ganz von selbst richteten sich alle Augen auf die Volksvertretung, je mehr sich zeigte, daß die Leistungen auch der wohlwollendsten und sachkundigsten Bürokratie nicht in die Tiefen und Höhen des Daseinstampfs der Nation zu reichen vermögen. Sogar die Parteien der Rechten, die gerade „diesem“ Reichstag der Großblockmehrheit besonders gram sein mußten, haben wiederholt die Parlamentaristriebe als unentbehrliches Mittel freimütiger Aussprache benützt. Anträge, die den praktischen Einfluß des Parlaments zu heben bestimmt waren, sind von gemäßigt liberaler Seite ausgegangen, und die Stimmen aus dem konservativen Lager haben sich gemehrt, die in einer starken Volksvertretung das notwendige Gegengewicht gegen den Einfluß unverantwortlicher Ratgeber erblickten. Ganz abgesehen von der verheißenen Neuorientierung kann man sagen: in Zukunft wird es unmöglich sein, das Deutsche Reich ohne und gegen den Reichstag zu regieren.

Umso wichtiger ist es, ganz unbefangen zu prüfen, ob die dauernden Grundlagen für ein ersprießliches Wirken der Volksvertretung gegeben sind. Nicht immer werden unsere Freunde, die Feinde, so gütig sein, die nationalen Notwendigkeiten jedem Deutschen mit Kanonendonnerstimme ins Ohr zu brüllen. Zwar hat die Bahnvorstellung, daß Demokratie und Weltpolitik Gegensätze seien, viel von ihrem unbegreiflichen Zauber verloren. Wir haben heute eine Menge Sozialdemokraten, die wissen, daß in einem verkümmerten Deutschland die Arbeiterschaft in Not und Elend verläuft, und man darf annehmen, daß diese Richtung auf die Dauer die Oberhand behaupten wird über die Katastrophopolitiker, die ihren Stolz darin suchen, nichts zu vergessen und nichts zu lernen. Immerhin bedeutet die Art, wie der Reichstag zusammengesetzt wird, die Möglichkeit, daß früher oder später, unter dem Einfluß sozialer Kämpfe, Strömungen die Oberhand gewinnen, die im Gegensatz zu der nationalen Führeraufgabe der Vertretung eines Weltvolkes stehen. Auch ein Ueberwuchern agrarischer Sonderinteressen könnte hemmend und störend wirken.

Vielleicht ist gerade jetzt, wo der eherne Zwang der Not eine so verständliche Sprache redet, die rechte Stunde, Hindernisse einer glücklichen Zukunft aus dem Weg zu räumen. Wenn der Krieg nicht gekommen wäre, so hätten wir wohl in diesen Tagen einen Reichstagswahlkampf alten Stils. Es ist nicht ganz leicht, sich in die Gedankengänge zurückzuversetzen, die noch bei der letzten Wahl unser politisches Leben beherrschten. So vieles, woran früher unserer Seelen Seligkeit zu hängen schien, liegt ja heute meilenweit hinter uns, unter uns. Immerhin erinnern wir uns noch dunkel, daß alle die Kandidaten und Reden, die Aufrufe, Broschüren, Zeitungsartikel sich nicht an die Staatsbürger wandten, sondern an die Arbeiter, Bauern, Handelsangestellten, Beamten, Handwerker, Konsumenten. Jede Partei suchte sich die